



Samstag, 11. November 2017, 13:00 Uhr
~20 Minuten Lesezeit

Flutlicht an!

Eine Entgegnung auf Florian Sanders Artikel über Ghettoisierung, „Problemviertel“ und „No-Go-Areas“.

von David Goeißmann
Foto: rangizzz/Shutterstock.com

Das Thema „Problemviertel“ und „No-Go-Area“ steht wieder verstärkt im Vordergrund der öffentlichen Debatte. In Ihrem Artikel „Leben im Teufelskreis“ fragen Sie sich, Herr Sander, was hinter den Begriffen steckt und wollen Klarheit in den Sachverhalt bringen. Sie „deeskalieren“ zu Recht die Rede von „No-Go-Areas“ in Deutschland als „rechtsfreie Räume“, in die die Polizei nicht mehr hineingehen kann. Gleichzeitig halten Sie es für falsch, die Probleme mit „Menschen mit Migrationshintergrund“ und „No-Go-Areas“ in Städten einfach, wie oft in linken und grünen Kreisen, unter den Teppich zu kehren und zu leugnen.

Sie schreiben:

„Hier lässt sich – übrigens sozialwissenschaftlich-empirisch unterfüttert – feststellen, dass es in manchen deutschen Großstädten durchaus Viertel gibt, in denen es für Deutsche ohne erkennbaren Migrationshintergrund ein klares Risiko in sich bergen kann, beispielsweise öffentliche Treffpunkte von Jugendlichen, Heranwachsenden und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund aufzusuchen. Die Betroffenen würden als unwillkommene „Eindringlinge“ auf einem ihnen nicht zustehenden Territorium wahrgenommen werden, deren Präsenz man entgegentreten muss. Gleiches kann dort übrigens auch Angehörigen von Migrantengruppen drohen, die nicht „den richtigen“ ethnischen Hintergrund haben – also nicht jenen, der im betreffenden Viertel oder auch einfach nur am jeweiligen Treffpunkt dominiert. Es ist in diesem Punkt also durchaus nicht überzogen, für bestimmte Personengruppen von „No-Go-Areas“ zu sprechen.“

Um es vorweg zu sagen: Ich halte Ihre Aussagen zu „No-Go-Areas“, okkupiert von Migranten-Halbstarke, für pseudokritisch, verlogen und stigmatisierend. Auch fallen Ihre „versachlichenden“ Worte keineswegs in einem gesellschaftlichen Vakuum, sondern vor dem Hintergrund der „Flüchtlingskrise“, Rekordfremdenfeindlichkeit und eines politisch und moralisch verrohten Diskurses. Aber bevor ich darauf näher eingehe, ein paar Fragen und Anmerkungen zu Ihren Ausführungen:

- Sie sprechen von sozialwissenschaftlich-empirischer Unterfütterung: Was sind danach genau die Viertel und die öffentlichen Treffpunkte, wo junge Migranten eine „No-Go-Area“ in Deutschland erzeugt haben? Wie viele sind das konkret bei uns in Deutschland? Gibt es hierüber eine Einigung in der Wissenschaft oder unterschiedliche und konträre Einschätzungen? Wenn ja, welcher Einschätzung folgen Sie bei der Bewertung von „No-Go-Areas“ in Deutschland und was sind die Gründe dafür?

- „No-Go“ ist ein sehr weitgehender Begriff, der ausdrückt, dass Bürger dort nicht hingehen können, nicht geschützt sind vor „Menschen mit Migrationshintergrund“, die sie bedrohen (könnten). Wenn das so ist, dürften in den besagten Vierteln und Treffpunkten a) wenige bis keine „normalen“ Menschen außer den jugendlichen Migranten anzutreffen sein und b) niemand den Wunsch haben, dorthin zu gehen, wenn er nicht als „Eindringling“ „klare Risiken“ eingehen will. Ist das so? Wenn nicht, warum verwenden Sie trotzdem den Begriff „No-Go-Area“, der genau das suggeriert?
- Wie viele deutsche „Normalbürger“ wollen/müssen eigentlich in diese „No-Go-Areas“ gehen, aber tun es nicht, weil es zu gefährlich ist, bzw. sind gezwungen trotz der Gefahr diese Zonen zu betreten/zu durchqueren (weil sie sie nicht meiden können, z.B. als Bewohner der Viertel usw.)? Welche empirischen Daten (Umfragen, Erhebungen usw.) haben wir dazu? Für die Bezeichnung „No-Go-Area“ reicht es m.E. nicht zu sagen, dass sich Anwohner von „Migranten“ gestört fühlen (weil sie z.B. Türken, Araber, Fremde, insbesondere prekäre, arbeitslose „Taugenichtse“, nicht in ihrer Nachbarschaft haben wollen) oder lieber mit Deutschen zusammenleben wollen. Es sollten schon konkrete Sicherheitsgefährdungen sein (objektivierbare), die von „Menschen mit Migrationshintergrund“ auf deutsche Bürger ausgehen, so dass „Nichtbetretungszonen“ aus Vierteln werden, die den Begriff „No-Go-Area“ rechtfertigen.

- Geben Sie bitte ein Beispiel, an dem Sie das Phänomen „No-Go-Area“ in Deutschland einmal genauer verdeutlichen. Worin bestehen die „klaren Risiken“ konkret für Deutsche aufgrund der „jugendlichen Migranten“, so dass „normale“ Deutsche dort nicht mehr hingehen können oder nur, wenn sie bereit sind, außergewöhnliche Gefahren einzugehen? Ist z.B. die Gegend um den Kottbusser Tor in Berlin Ihrer Meinung nach eine „No-Go-Area“? Der Ort ist ja einer der am meisten angeführten und bekanntesten „No-Go-Areas“ in Deutschland. Woran kann man das festmachen? Der Ort ist tags und nachts extrem stark belebt, von Deutschen, Türken, Frauen und Kindern, Partygängern und Kreuzbergern, Touristen und Menschen aus allen Teilen der Welt. Direkt am „Hotspot“ bzw. „Brennpunkt“ befindet sich eine große Schwulen- und Lesben-Kneipe (im Wahrzeichen des Orts, dem über den Platz sich schiebenden sozialen Betonwohnbunker, ein den Stadtraum zerschneidendes Ungetüm, das aber von seinen Bewohnern und Nutzern erstaunlich „lebendig“ umspielt wird). Es gibt Projekte zwischen Homosexuellen und türkischen Verbänden am Kottbusser Tor, ein Initiative zur Verbesserung der Lebensverhältnisse im Kiez usw., die sich gegen die Stigmatisierung ihres „Kottis“ wehrt. Ja, die sozialen Probleme sind dort größer als in Wannsee oder einer bayrischen Kleinstadt. Wen wundert's. Die Gründe dafür sind offensichtlich. Die Drogenszene ist dort hin geschwappt und die Kriminalität ist überdurchschnittlich. Aber es gibt in Berlin allein zwei Dutzend solcher Orte mit erhöhter Kriminalität, darunter viele Ausgeh- und Partyknotenpunkte, die keineswegs „Migrantenterritorium“ darstellen wie die Rigaer Straße und Warschauer Brücke im Szeneviertel Friedrichshain, der Nollendorfplatz im sog. „Regenbogenkiez“, der Leopoldplatz oder auch der Alexanderplatz. Wobei die Kriminalität in den reichsten Stadtgebieten, wo die Eliten in ihren SUVs vor ihren videoüberwachten Villen vorfahren, weit höher ist. Die Missetaten vieler ihrer Bewohner mit schwerwiegenden Folgen für Mensch und Umwelt finden aber weit weg vor allem in den Regionen statt, aus denen viele „Menschen mit Migrationshintergrund“ zu uns fliehen, die dann potentiell wieder „No-Go-Areas“ in unseren Städten erzeugen. Von den Schäden für unsere Volkswirtschaften, die sich aus der „Unlust“ der Reichen in den städtisch-sicheren „Go-Areas“ ergibt sich ihrer Steuerpflicht zu stellen, ganz zu Schweigen.

- Wie ist das spezifische „No-Go-Area“-Risiko gegenüber anderen Risiken einzuordnen? Wir gehen ja als Bürger ständig Risiken ein, trotzdem bezeichnen wir Autobahnen, Kneipen in denen geraucht wird, Demonstrationen, auf der die deutschen Normalbürger pfeffergesprayt und körperlich von der Polizei angegangen werden, während sie ihre Bürgerrechte wahrnehmen und so weiter und so fort, auch nicht als „No-Go-Areas“. Ist das Begehungsrisiko durch von Migranten dominierte Stadtviertel und Treffpunkte tatsächlich höher, gravierender als an anderen Orten oder doch eher ein „gefühltes“ insbesondere bei Leuten, die es nicht gewohnt sind, von „Menschen mit Migrationshintergrund“ umgeben zu sein? Außerdem: Die Sprache, die Sie wählen bzw. aus dem „No-Go“-Mainstream übernehmen, wie: „No-Go-Area“; ein „klares Risiko“ für Deutsche; „unwillkommene Eindringlinge“ auf einem Migranten „zustehenden Territorium“, „deren Präsenz man entgegentreten muss“ usw. erzeugt eine Symbolik, die an Krieg erinnert, wobei Deutsche als Opfer erscheinen gegenüber Fremden, Eingewanderten, die nun Teile des städtisch-deutschen Territoriums unter ihre „Besatzungsmacht“ gebracht haben. Warum wählen Sie in Ihrer Analyse eine solche Sprache und Begrifflichkeit? Und warum schränken sie das „No-Go-Area“-Stigma auf die Präsenz von „Menschen mit Migrationshintergrund“ in einem öffentlichen Raum ein?

- Zudem: Gibt es Ihrer Meinung nach keine „No-Go-Areas“, die auf die Präsenz von Deutschen ohne Migrationshintergrund zurückgehen? Wie ordnen Sie vor diesem Hintergrund z.B. die erschreckenden Zahlen von fremdenfeindlicher Gewalt gegen Flüchtlinge und Migranten in Deutschland und Europa ein? So brannte 2016 durchschnittlich gesehen fast jeden Tag ein Flüchtlingsheim oder wurde gewaltsam attackiert. Es bildeten sich in den letzten Jahren lokale Bürgerwehren wie in Bielefeld, zusammengesetzt aus Ultras, Rechtsradikalen aus der Türsteherszene und dem Rockermilieu, die sich gegen Flüchtlinge und „Illegale“ in Stellung bringen. Syrer wurden nachts von deutschen Jugendlichen wegen ihres Aussehens durch Fußgängerpassagen gehetzt, so ein Bericht eines ARD-Politmagazins. Die Liste ließe sich lange fortsetzen. Fast jeder Muslim und jede Muslima gibt laut EU-Studie an, in europäischen Ländern und insbesondere in Deutschland Opfer von Fremdenfeindlichkeit, Beschimpfungen und Herabwürdigungen geworden zu sein - bis hin zu physischen Angriffen und Gewalterfahrungen. Das ist insbesondere Alltag in deutschen Städten und Gemeinden. Es werden z.B. muslimischen Frauen auf der Straße Kopftücher vom Kopf gerissen, während sie rassistisch erniedrigt werden. Migranten insbesondere aus Afrika werden von der Polizei in allen europäischen Ländern vielfach diskriminiert wegen ihrer Herkunft und Religionszugehörigkeit. Auch das dokumentiert die EU-Untersuchung. An der EU-Außengrenze werden Flüchtlinge in Hotspots in ihrem eigenen Kot und Matsch allein gelassen und wie in Konzentrationslagern eingesperrt (in schamlosem Bruch mit dem internationalen Flüchtlingsrecht, das Europa einmal mit entworfen und freiwillig unterzeichnet hat). In der Slowakei, in Ungarn machen Milizen Jagd auf „Eindringlinge“, die vor Krieg und Verfolgung fliehen. In der Slowakei wurde auf eine schwangere syrische Frau auf der Flucht geschossen. Die Frage ist also: Warum werden bei No-Go-Areas und der Diskussion darüber, an die Sie anschließen und deren Grundannahme (man könnte auch sagen „Ideologie“) sie übernehmen, nichtdeutsche Migranten ur- und hauptsächlich in die „Tätergruppe“ und „Deutsche“ in die Opfergruppe einsortiert?

- Sie knüpfen an eine Begrifflichkeit aus den USA an, die im Zuge der „Null-Toleranz-Politik“ wirkmächtig wurde. Ich habe in den USA gelebt und kenne „schlechte Viertel“, die sogenannten „No-Go-Areas“, wo nur Schwarze, Hispanier usw. leben, meist am äußeren und äußersten Rand der Gesellschaft. In diese Gegenden werden auch die Obdachlosen aus den Stadtzentren gekarrt und abgeladen. Die Gründe für die erhöhte Kriminalität liegen in einer über einen langen Zeitraum gewachsenen Komplex aus Rassismus, Menschenverachtung, sozialer Ausgrenzung und Entwürdigung, industrieller Ausbeutung und verschiedenen Formen der Verwahrlosung (Rassentrennung, Segregation und Diskriminierung in Schulen usw.). Den Opfern dieser ungerechten und gewaltsamen Geschichte nun das Täter-Stigma aufzudrücken und ihnen vorzuwerfen, aus schönen amerikanischen Stadtvierteln „No-Go-Areas“ gemacht zu haben, in die die weißen, kaukasischen „Normalamerikaner“ ja gar nicht gehen wollen und die sie sehr bewusst ihrem eigenen Schicksal überlassen, ist zynisch und geschichtsvergessen. Aber das ist genau die Funktion des „No-Go-Area“-Diskurses: Stigmatisierung der Opfer von Gewalt, Unterdrückung und Ausgrenzung. In Wahrheit sind solche Viertel „No-Leave-Prisons“, städtische Freiluftgefängnisse. Zumindest würden die Menschen gerne unter besseren Bedingungen leben, mit einer Perspektive und wirklicher Anerkennung. Warum kritisieren Sie also nicht die politisch hergestellten „No-Leave-Prisons“ und fragen sich, wie man sie in „Want-To-Stay“-Orte transformieren könnte – unter Einbeziehung der Bewohner und Migrant*innen?

- Wer sind die „nicht unmaßgebliche(n) Teile gerade auch des linken und grünen Spektrums“, die „noch immer allzu oft“ die Tatsache der „No-Go-Areas“, hergestellt durch „Menschen mit Migrationshintergrund“, kleinreden? Gehöre ich auch dazu, wenn ich es für sachlich nicht gerechtfertigt halte, Viertel mit hohem Migrantanteil und diversen sozialen Problemen, erhöhter Kriminalität wie am „Kotti“ in Berlin exklusiv als „No-Go-Area“ zu bezeichnen? Warum blende ich damit aus, wie Sie suggerieren, „was schief läuft“? Es ist doch genau anders herum. Die „No-Go-Area“-Hysterie verweigert Analysen über das, „was schief läuft“. Sie blockiert stoisch eine Diskussion über gesellschaftliche Fehlentwicklungen und forciert dagegen künstlich von Migranten eingenommene Territorien. Warum demonstriert man also „die politische Reife eines Kindes (..), das sich im Angesicht von etwas Unwillkommenem und nicht ins Konzept Passendem einfach die Augen zuhält“, wenn es die Existenz von No-Go-Areas für deutsche „Normalbürger“, beherrscht von „Menschen mit Migrationshintergrund“, nicht als „Tatsache“ zur Kenntnis nehmen will, obwohl Sie selbst in keinem Satz darlegen (das gilt für die gesamte Presse zu „No-Go-Areas“), warum es sinnvoll sein sollte, von „No-Go-Areas“ zu sprechen und sie Migranten anzuhängen? Was ist also das „Nicht ins Konzept Passende“, vor dem „Linke“ die Augen verschließen?
- Schließlich: Warum ist es ihnen so wichtig, dass sich auch „Linke“ endlich der allgemeinen und weit verbreiteten „No-Go-Area“-Mainstreamhysterie über „Problembezirke“ anschließen, deren Existenz direkt oder indirekt „Menschen mit Migrationshintergrund“ in die Schuhe geschoben wird (Türken, Araber, Afrikaner usw.), die ganze Viertel durch ihre Präsenz „kippen“ lassen. Warum regen Sie sich nicht über die tatsächliche „Realitätsverweigerung“ auf? Um auf das Augenscheinliche hinzuweisen: Es gibt im öffentlichen Diskurs keine „No-Go-Areas“ oder „Problembezirke“ für Türken, Muslime mit Kopftuch, Afrikaner oder Flüchtlinge in Deutschland. Das ist per Definition ausgeschlossen. Der Drama-Begriff ist exklusiv für deutsche Normalbürger (bzw. „Mitglieder der bürgerlichen Mehrheitsgesellschaft“) reserviert, wenn sie sich „unwohl“ oder „ausgegrenzt“ fühlen von jungen Migranten an ihren „Treffpunkten“ – obwohl die „Risiken“, „Betretungsängste“ und Ausgrenzungen von „Menschen mit Migrationshintergrund“ auf vielen „deutschen Territorien“ deutlich gravierender sind.

Man könnte so weiter fragen. Worauf ich offensichtlich hinaus will ist, dass der Ausdruck „No-Go-Area“ analytisch und empirisch gesehen ein leerer, ideologischer Begriff ist. Er tut so, als ob er etwas „beschreiben“, „analysieren“ und der Kritik zu führen würde. Aber er dramatisiert nur und schiebt die „Schuld“ und „Verantwortung“ für „Probleme“ untergründig den „Menschen mit Migrationshintergrund“ zu. Denn die sind es ja, die aus Vierteln „No-Go-Areas“ machen. Dann wird ein Flutlicht auf die Probleme gelenkt, alles erscheint im grellen Licht in Schwarz und Weiß, anderes wird ausgeblendet und überstrahlt. Die Effekte dieser Dramatisierungen auf die öffentliche Wahrnehmung muss man nicht weiter erläutern. Die Konjunktur von Problemvierteln hat gegenwärtig vor allem mit der „Flüchtlingskrise“ zu tun, mit der politischen Durchsetzung von Abschottung und Abschiebung (der nationalen „Lösung“), aber auch mit urbanen Gentrifizierungsinteressen im Umfeld von ehemals uninteressanten Viertel (wie z.B. in Berlin-Kreuzberg). Der Subtext, mal stärker, mal schwächer ausgeprägt, ist kaum zu übersehen: „Lösen“ wir am Ende das Problem nicht am effizientesten, indem wir die „Problemmacher“ reduzieren (an den Außengrenzen oder durch verstärkte Abschiebung), oder aus innerstädtischen Vierteln drängen, die Stück für Stück ethnisch „entzerrt“ (oder gar „gesäubert“) werden, um so die „Go-Zone“ (für Investoren, Stadtentwickler, Wohlhabende, Geschäftsleute, Touristen, Partygänger etc.) zu erweitern? Warum nicht das Gute mit dem Nützlichen verbinden?

Was ich nicht verstehe: Sie wollen die „No-Go-Area“-Problematik versachlichen und Rezepte anbieten, sicherlich derart, um die Viertel wieder „begehbar“ zu machen. So Ihr Versprechen. Sie wollen erklären und Lösungen anbieten. Warum tun Sie es dann nicht? Stattdessen machen Sie an Bourdieu anschließend ein paar abstrakte Anmerkungen, wie Parallelgesellschaften Ihrer Meinung nach entstehen. Sie sagen, dass die jungen Migranten sich in einem „Teufelskreis“ der kulturellen Abschottung befinden und ihre

gesellschaftliche „Machtlosigkeit“ mit eigenen „Territorien“, Drohgebärden, der „Macht der Straße“ usw. kompensieren. Schwupps haben wir eine „No-Go-Area“. Zuerst einmal sind „Machtkompensationen“ weit verbreitet. Sie sind überall zu besichtigen, auch bei jungen Abgehängten aus der biodeutschen Unterschicht, siehe NSU, Pegida, Bürgerwehren und Co., bei Fußballfans und Hooligans usw. usf. Auch solche Gruppen okkupieren machohaft „Territorien“. Jeder lichthupende Turbo-Drauffahrer im Dienstwagen-Audi-BMW-SUV erobert Tag für Tag auf deutschen Autobahnen kleine „Gebiete“ für sich (denn auch die Businessklasse steht unter „Druck“), und rückt seinen Mitmenschen mit „klaren Risiken“ auf die Pelle, um sie von „seinem Territorium“ zu vertreiben. Und dann: Was sagt das über die vielfältigen sozialen Probleme in Stadtvierteln, in der sich Perspektivlosigkeit, Armut und Verwahrlosung konzentriert? Die eigentlichen Fragen bleiben bei Ihnen ausgespart. Wer ist verantwortlich für die Probleme und Missstände, unter denen vor allem die Migranten leiden? Was ist mit der Gesellschaft und Politik, die solche Viertel entstehen lassen und sogar bewusst befördern? Die Antworten auf diese Fragen würden klarmachen, dass es sich nicht um spezifische „Teufelskreise“ in Migrantengruppen, sondern um politisches Versagen handelt, was prekarierte „Menschen mit Migrationshintergrund“ doppelt trifft. Und schließlich Ihre schmallippigen Sätze zu den „Lösungen“: „Bloßes ‚Hineinpulver‘ finanzieller Leistungen“ würde das Problem nicht lösen. Okay, was dann? Restriktion und Strafverfolgung müssen sein, aber reichen nicht aus. Also ...? Ihr dürres Fazit: Die Herausforderung mit den „No-Go-Areas“ könne Deutschland schließlich nur bewältigen, „wenn man sich der gesamtgesellschaftlichen sozialpolitischen Erfordernisse, aber auch der Grenzen der eigenen nationalen (Integrations-)Kapazitäten bewusst wird“. Dazu der skeptische Zusatz: „Ob dieses Bewusstsein in der politischen Klasse vorhanden ist, ist bisher allerdings anzuzweifeln.“ Meine Güte: Wie soll denn ein Bewusstsein bei den Mächtigen bestehen über „Erfordernisse“ und „Kapazitäten“, wenn Sie nicht mal im Ansatz klar machen, was Sie damit meinen,

geschweige denn aufzeigen, was getan werden sollte? Und es sollte auch klar sein, dass die „politische Klasse“ jenen Bewohnern in Problemvierteln, insbesondere den migrantischen „Besatzungsmächten“ (die „Super-Überflüssigen“), ziemlich schnuppe sind. Darum haben wir ja die „Problemviertel“.

Statt konkreter Analysen und Beispiele (inklusive historisch-politischer Kritik) werden blutleere Slogans von Ihnen serviert, die die Leser im luftleeren Raum hängen lassen und mit den „Migranten-Tätern“ alleine lassen. Aber auch das ist typisch für die No-Go-Area-Hysterie. Denn sie ist weder interessiert an wirklicher Problemanalyse noch konkreter Verbesserung der Lebensbedingungen in Vierteln mit diversen, politisch zu verantwortenden Schwierigkeiten. Was sind denn die Missstände, die junge Migranten in Problemvierteln zu erleiden haben? Woher stammen die Verwahrlosungen, wie sind sie gesellschaftlich hergestellt worden? Wer hat die Wohnsilos gebaut? Die Stadtviertel vergammeln lassen? Die Sozialarbeiter gekürzt? Die Jugendclubs geschlossen? Den Türken vorwiegend nur die Billigjobs, wenn überhaupt, gegeben? Wo arbeiten Afrikaner, Araber, wie werden „Asylbewerber“ tatsächlich „von uns“ behandelt? Wer bietet den jungen Migranten keine Anerkennung, keine Perspektive, keine Berufslaufbahn? Wer hat die Migrantenfamilien mit den Schulproblemen allein gelassen? Warum vertickern Afrikaner „Gras“ und erzählen ihren Familien aber weit weg, das Geld, das sie überweisen, stamme aus einem bürgerlichen Job? Was ist mit der Diskriminierung und Ausgrenzung von „Menschen mit Migrationshintergrund“, vor allen den „Taugenichtsen“? Wer gießt ständig Negatives über Migranten und Flüchtlinge in hetzende Schlagzeilen und richtet den Superzoom auf die türkisch-arabisch-afrikanischen „Probleme“?

Und: Was glauben Sie ist der Effekt Ihrer eigenen Ausführungen? Erst machen Sie den Lesern klar, dass sie „No-Go-Areas“ als „Tatsache“ akzeptieren müssen. Dass junge Migranten urbane

„Territorien“ beherrschen, so dass normale Deutschen dort nicht sicheren Fußes eintreten können (allerdings ohne Belege zu bieten). Dann bashen sie die infantile Haltung von Linken, die nicht sehen will, „was schief läuft“ – wobei „Linke“ und Sozialkritiker seit Jahrzehnten sagen, was schief läuft, aber die „Problemviertel“-Dramatiker ihre Probleme derart lieben, dass sie weiter jede Verbesserung blockieren, weil ja „Geld“ Probleme mit „Migranten“ nicht lösen kann. Das hätte ich gerne mal bei der Banken- und Eurokrise vernommen. Hier mal eine kleine Liste von „finanziellen Lösungen“: Sozialer Wohnungsbau und Mieten runter, Umbau oder Abriss von Wohnsilos, saubere Straßen und städtebauliche Verschönerungen, Ausbau und Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur (Erneuerung maroder Schulen, Verbesserung des Nahverkehrs), gute und gut bezahlte Arbeit für die Bewohner verarmter Stadtviertel, solide Ausbildungsplätze mit Berufschancen für die heranwachsenden „Troublemaker“, bessere und aufgestockte soziale Absicherungen von Familien, Förderungen von Vereinen zur Stadtteilbelebung, starker Ausbau der Jugendbetreuung, mehr Freizeitangebote, Förderungen von benachteiligten Schülern, mehr Lehrer, Erzieher und Sozialarbeiter, Kultur- und Bildungsangebote usw. usw. Ja, das kostet alles viel Geld und fordert das Engagement des Staates und der Wirtschaft. Ich spiele mal Robin Hood bzw. den Bergpredigt-Jesus: Nehmen wir es von den Satten und Reichen und geben es den Bedürftigen und Armen, um auch für sie einen angenehmen, komfortablen und inspirierenden Lebensraum zu erschaffen. Was Jahrzehnte versäumt und runtergerockt wurde, kann sicherlich nicht im Handumdrehen „gelöst“ werden. Manches mag sich festgefahren haben und braucht Zeit, sich wieder zu lockern. Aber Verbesserungsmöglichkeiten sind zahlreich und realisierbar, auch gibt es positive Ansätze für Verbesserungen. Was bietet hingegen der „No-Go-Area-Realismus“ der „Problemviertel“-Liebhaber? Jede Menge Probleme, erzeugt durch die hohe Konzentration von „Menschen mit Migrationshintergrund“, die sich nicht integrieren, an die Spielregeln halten und Deutsche mobben. Solche Teufelskreis-„Probleme“ mit „anderen Kulturkreisen“, die

deutsche Normalbürger in ihren eigenen Städten erleiden müssen, lassen sich wunderbar und endlos im öffentlichen Diskurs „recyclen“. Eine neoliberale Politik versorgt die „Problemviertel“-Hysteriker ständig mit genügend Sorgen-Stoff. Die Ergebnisse der sozialen Zerstörungen können von den üblichen Integrationscrash-Apokalypsen à la Buschkowsky (dem ehemaligen Bezirksbürgermeister von Neukölln und Talkshow-Darling) eingesammelt und vorgezeigt werden, um wieder und wieder zu demonstrieren, wie schlimm die Probleme mit Migranten sind und alles irgendwie nicht fruchtet, während man vom Eigentlichen ablenkt.

Die No-Go-Dramatisierer vergessen nämlich zu erzählen, wie es zu sozialen Problemen insbesondere bei Migranten gekommen ist und wo die politische Verantwortung zu suchen ist. In der Linken ist es ehernes Gesetz, dass Armut sich in unserem ungerechten System vererbt und Hartz IV bzw. Arbeitslosigkeit nicht Ergebnis von individuellem Verschulden, fehlendem Integrationswillen in den Arbeitsmarkt usw. sind. Die Schuld liegt bei der Politik, den Unternehmen, einem brutalen Markt. Sie sind verantwortlich für den Missstand. Denn es ist die gesellschaftliche Bringschuld, allen Bürgern Zugang zu angemessener Arbeit zu verschaffen. Zu Recht. Bei Migranten ist dieser Grundsatz auf einmal weg. Jetzt ist es, trotz massiver Evidenz, nicht ein Versagen einer ausgrenzenden, unfairen Politik (in der Vergangenheit und Gegenwart), vielfach diskriminierender gesellschaftlicher Institutionen, fehlender sozialer Einrichtungen und Integration, ökonomischer Stigmatisierungen am Arbeitsplatz, eines keineswegs „farbenblinden“ Markts, hetzenden Medien, fremdenfeindlichen bis rassistischen Eliten usw., das dazu führt, dass viele Migranten weiter ihr „Stigma“ gesellschaftlicher Ausgrenzung an ihre Kinder vererben. Jetzt wird am anderen Ende angesetzt, bei den Schwächsten, und über Integrationsunfähigkeit, -unwilligkeit, -schwierigkeiten gesprochen, während die Gesellschaft aus der Schusslinie gebracht und entschuldigt wird. Die Eliten, die Politik,

die Mehrheitsgesellschaft, die Institutionen tragen auf einmal nicht mehr die Verantwortung für die Situation von Migranten. Jetzt sind es Probleme in der „Migranten-Community“, die betont werden. Jeder weiß, welche politisch-propagandistische Funktion der Bildzeitungs-„Florida-Rolf“ in der sozialen Hängematte hatte oder auch die „faulen Griechen“. Die „Migranten-Gangs“ in befreiten „No-Go-Areas“ haben die gleiche Funktion. Es sind dramatisierte, überzogene, aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang gerissene Wirklichkeitssplitter, die zu „Stereotypen“ hochgedopt werden, die nicht nur die Realität verrammeln, sondern unfaire und zynische Politik verschleiern und ermöglichen.

Bei vielen Jugendlichen in Städten und Dörfern in Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in westdeutschen Regionen findet ähnliches statt wie bei den Gleichaltrigen mit türkischen, arabischen oder afrikanischen Wurzeln in „Problemvierteln“. Sie fühlen sich fremd im eigenen Land. Jetzt erzeugen einige „No-Go-Areas“ für Flüchtlinge. Solche Reaktionen auf soziale Ausgrenzung sind leider keineswegs neu, die gesellschaftliche Mechanik ist bekannt. Wer ständig getreten wird und keine Hoffnung mehr in sich trägt, tritt irgendwann nach unten bzw. die Wahrscheinlichkeit nimmt zu, dass das geschieht. In München mutierte ein Kind iranischer Asylbewerber, der 18-Jährige David S., zu einem Rechtsradikalen und Nazibewunderer, der in die Fußstapfen des norwegischen Rechtsterroristen Anders Breivik stapfte und als „Superdeutscher“ neun „Kanaken“ meinte töten zu müssen. David S. wurde vielfach gemobbt und ausgegrenzt. Sicherlich ein Extremfall, aber trotzdem mit Erkenntnissen über den Einzelfall hinausreichend. Denn gesellschaftliche Fremdheit ist immer ein politisch-soziales Konstrukt und nicht, wie unterstellt, ein ethnisch-kulturelles. Sie lässt sich daher auch nur politisch und gesellschaftlich verstehen und lösen. Die „No-Go-Area“-Ideologie hat andere Motive und Interessen. Sie will entpolitisieren und individualisieren (Fokus auf Migranten als Täter), die Fremdheit und die daraus entstehenden sozialen Probleme den Migranten

zuschieben („Parallelgesellschaft“) und die Lösung des „Problems“ durch Reduktion der Fremden vorantreiben (Abschieben, Abschotten, Gentrifizieren). Bei Ihnen heißt es gedrechselt: „Grenzen der eigenen nationalen (Integrations-)Kapazitäten bewusst“ werden. Was immer Sie konkret und politisch damit meinen bzw. die Leser meinen lassen wollen, der Tenor ist: Wir Einheimischen sind die Überlasteten, die Nicht-Einheimischen sind die Last. Die Frontlinie ist gezogen. Belege dafür scheinen sich zu erübrigen. Auch das ist ein Kennzeichen der „No-Go-Area“-Hysterie.

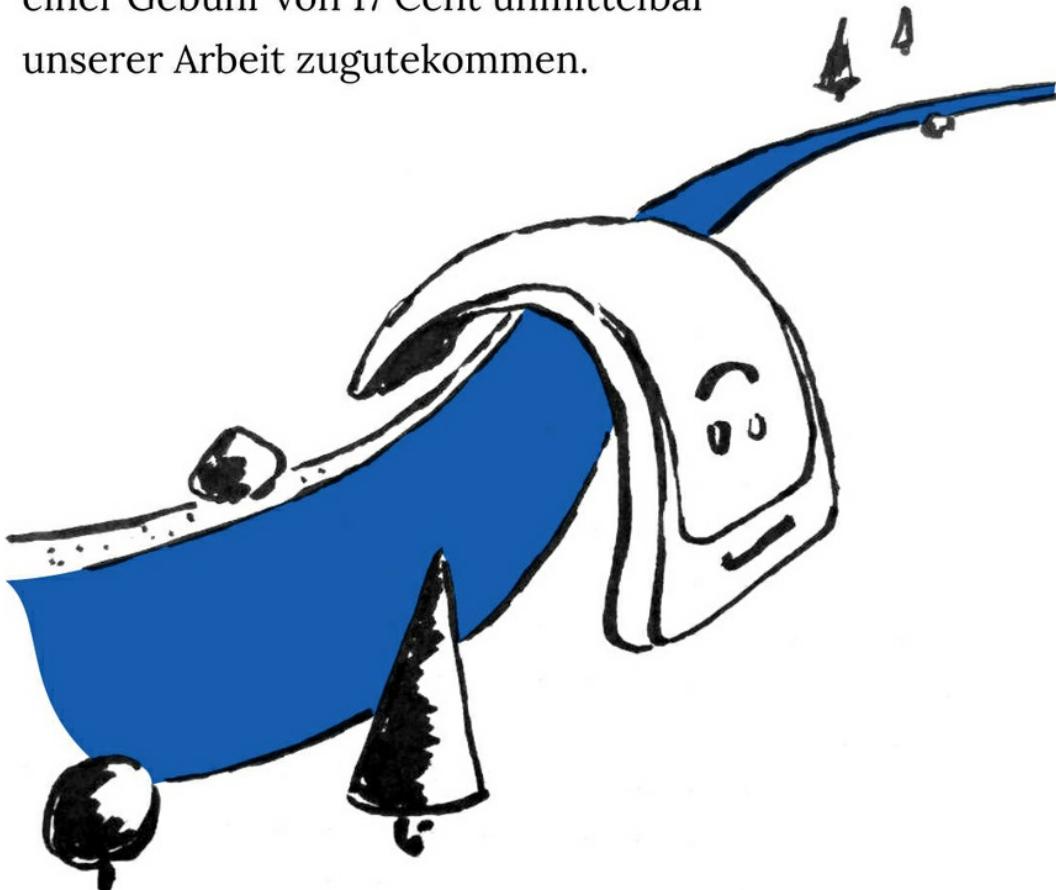
Wie gesagt, der Sinn solcher Thematisierungen ist nicht, Probleme zu lösen, sondern immer wieder das Flutlicht auf „Migranten“ zu werfen, mit pseudokritischer Besorgnis über städtische und sonstige Missstände. Die Konjunktur der Problemviertel, „No-Go-Areas“ und des allgemeinen „Migrantenbashings“ findet aktuell statt vor dem Hintergrund der sogenannten „Flüchtlingskrise“, der Flucht von Menschen aus anderen „Kulturkreisen“ (die gerne auch als orientalisiertes, vormodernes „Männerlumpenproletariat“ an den Migranten-Pranger gestellt werden, auch von „Grünen“ und „Linken“). „Kulturkreis“ ist im Übrigen ein rassistischer Begriff aus der kolonialen Gründerzeit-Mottenkiste, dem die Nazis in ihrer Rassenlehre einen prominenten Platz einräumten. Auch dieser hat heute wieder Konjunktur. Die „Flüchtlingskrise“ – das Unwort der letzten Jahre (die „Krise“ findet ja weiter nicht bei uns, sondern in den ärmsten Ländern statt) – hat in Deutschland und Europa eine moralische Krise hervorgebracht. Zum Vorschein gekommen sind Heuchelei und Zynismus, die bis dato so nicht erwartbar waren. Die moralische Erosion ist weit vorgedrungen in die intellektuelle Klasse, mit diversen Auswirkungen. Die politischen Konsequenzen sind bereits zu besichtigen. Die konkrete Solidarität mit „den anderen“ da draußen oder bei uns „zu Hause“ liegt auf weniger intellektuellen Schultern als zuvor. Tatsächlich auf erschreckend wenigen, wenn man die substanzlosen Lippenbekenntnisse abzieht. Wenn Flüchtlinge stigmatisiert, Migranten-Probleme dramatisiert

und unredlich verkürzt werden, heißt es heute: „Die Wahrheit sagen“, „die Realität zur Kenntnis nehmen“, „Probleme ansprechen“ und falsche „Tabus beseitigen“. Aber was dann folgt ist keineswegs „die Wahrheit“ oder die „Realität“, sondern Slogans und Stigmatisierungen. Die „No-Go-Area“-Hysterie reiht sich in diesen Chor ein. Sie ist voller ideologischer Annahmen, intellektueller Leerstellen und Suggestionen. Solche „Leerstellen“ und negativen Stereotypisierungen sind gut für Neonazis, Bürgerwehr-Radikale, Pegida-Anhänger, Populisten, Demagogen und Fremdenfeinde, die auf der allgemeinen „Man wird ja noch mal sagen dürfen“-Welle surfen, Flüchtlinge jagen und schon mal ein Flüchtlingsheim anstecken. Einige abgehängte Deutsche oder „Superdeutsche mit Migrationshintergrund“ nehmen die ihnen angebotenen „Sündenböcke“ dankend an. „No-Go-Area“, Migrantentashing & Co. sind auch ein Blanko-Scheck für die brutale Abschottungspolitik des reichsten Kontinents der Welt unter Führung der deutschen Regierung. Einem Kontinent, dessen Zusammenhalt auseinanderzubrechen drohte, als er gezwungen wurde, ähnlich viele Flüchtlinge wie das ärmliche-wie-winzige Libanon aufzunehmen, da sein „No-Go“-Abschottungsregime 2015 unter dem Druck der Flüchtlinge vor allem aus Syrien und westlichen Kriegszonen kurzzeitig nicht mehr hielt. Das hat sich seitdem wieder geändert, dank angeheuerter Türsteher wie Erdogan oder Kriegsverbrechern wie Omar Al-Bashir und Isayas Afewerki im Südsudan und Eritrea, ermöglicht mit freundlicher Unterstützung des intellektuellen Rechtfertigungs- und Wegsehkartells. Die Türsteher garantieren derweil, dass unsere „Grenzen der eigenen nationalen (Integrations-)Kapazitäten“ gewahrt bleiben und wehren „Eindringlinge“, die Krieg und Verfolgung fliehen, sehr effizient ab, während sich deutsche Journalisten und Intellektuelle an ihren Schreibtischen über „Integrationschwierigkeiten“, „No-Go-Areas“ für Normaldeutsche und Probleme wegen zu vieler „Menschen mit Migrationshintergrund“ besorgen. Es gäbe eine Reihe von auf dem Tisch liegenden Alternativen, die Millionen Flüchtlinge „da draußen“ nicht weiter zu Untermenschen zu degradieren und ihnen Schutz zu

ermöglichen und die Probleme in den „Problemvierteln“ zu mindern. Sehr einfache Lösungen im Übrigen, die Schritt für Schritt umgesetzt werden könnten, wenn Einsicht in die Verhältnisse und politischer Druck vorhanden wären. Die Alternativen zu präsentieren, zu erörtern, zu exemplifizieren und zu stützen wäre eine nützliche, gewinnbringende Aufgabe.

Hat Ihnen dieser Artikel gefallen?

Dann unterstützen Sie unsere Arbeit auf die denkbar schnellste und einfachste Art: per SMS. Senden Sie einfach eine SMS mit dem Stichwort **Rubikon5** oder **Rubikon10** an die **81190** und mit Ihrer nächsten Handyrechnung werden Ihnen 5,- bzw. 10,- Euro in Rechnung gestellt, die abzüglich einer Gebühr von 17 Cent unmittelbar unserer Arbeit zugutekommen.





David Goeßmann, Jahrgang 1969, ist freier Journalist. Er arbeitet unter anderem für den Deutschlandfunk, den WDR und SWR. Beiträge und Artikel von ihm sind erschienen beim Medienmagazin **Zapp**, **ZDF-WISO**, auf **Spiegel Online** und in der **Frankfurter Rundschau**. Von 2005 bis 2007 war er freier Auslandskorrespondent in Boston/USA, davor Parlamentsreporter und Cvd der Deutschen Fernsehnachrichten Agentur. 2009 gründete er zusammen mit dem Dramatiker und Journalisten Fabian Scheidler das unabhängige TV-Nachrichtenmagazin **Kontext TV** (<http://www.kontext-tv.de/>). 2010 deckte er den Missbrauch von Fake-TV-News in deutschen TV-Nachrichtensendungen auf.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.